



Facebook schnappt zu

Der Internetkonzern kauft eine App für 19 Milliarden Dollar. Seite 5

Grafik: nd

Umkämpfte Mitbestimmung

Von März bis Mai werden Betriebsräte gewählt, doch viele stehen unter Druck. Seite 10

Strafrecht & Pädophilie

Wolfgang Schmidbauer über die Verantwortung der Zivilgesellschaft für den Kinderschutz. Seite 15



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 21. Februar 2014

69. Jahrgang/Nr. 44

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Foto: 123rf/Szasz-Fabian

STANDPUNKT

Parlamentarier aller Fraktionen, wacht auf

René Heilig fragt nach Rüstung und abgeordnetem Tiefschlaf

Die Verteidigungsministerin hat Spitzenleute gefeuert. Kein Protest – wer nicht eines der 15 wichtigsten Rüstungsprojekte auf richtige Gleis setzen kann, hat diese Behandlung verdient. Doch ist die Erkenntnis, dass man zu viel Geld für zu spät und nicht nach den Anforderungen geliefertes Material bezahlen muss, wirklich plötzlich vom Baum der Erkenntnis gefallen? Wahrlich nicht!

Wozu eigentlich leisten wir uns ein Parlament, wenn die meisten der zuständigen Mitglieder des Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses sich im Tiefschlaf wohlfühlen? Man rede sich nicht mit Geheimhaltung oder industriepolitischen Verantwortung heraus. Auch geht es nicht – wie immer wieder von den Gewerkschaften behauptet – um die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Alle Projekte, die jetzt von Ministerin von der Leyen keinen TÜV-Stempel bekamen, waren in den vergangenen Jahren schon auffällig geworden. Entweder weil die Industrie zu dreist die Hand aufgehoben hat. Oder weil die Politik Zeug bestellte, das die Bundeswehr entweder nicht so, nicht in der Stückzahl oder gar nicht braucht. So etwas nennt man schlicht und ergreifend Vertretung von Steuergeld. Das in vielen anderen Bereichen wahrlich besser verwendet werden könnte. Zuerst in der Sozial- und Entwicklungshilfe. Es ist bekannt, dass noch so ehrlich engagierte Militärs in diesen Bereichen nichts bewirken können, was auch nur einen Euro wert ist.

UNTEN LINKS

Bringt es die SPD noch? Diese Frage stellen sich Menschen seit vielen Jahrzehnten, und nun treibt sie auch den Chef der Unionsfraktion im Bundestag um. Nach all den Wirrungen um den Fall Edathy/Friedrich/Oppermann sieht Volker Kauder die SPD in einer Bringschuld, meldet dpa. Natürlich ist Kauder schlaug genug, nicht genau zu sagen, was die Sozialdemokraten als Gegenleistung für den Rücktritt eines CSU-Ministers bringen sollen. Nur so viel: Es müsse »auf allen Ebenen ein koalitionsfreundliches Klima zu spüren sein«. Da kann sich Gabriel was einfallen lassen. Denn wie sagt der Direktor zu Beginn von Goethes »Faust«: »Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.« Gute Laune, Schnitten, Drinks, Oppermanns Rauschmiss, SPD-Feuerzeuge, Freikarten für den nächsten Parteitag – die Sozis müssen es jetzt immerzu bringen. Sie müssen liefern, dürfen es aber nicht so formulieren. Denn wer das verspricht, der ist womöglich – siehe FDP – bald selbst geliefert. wh

Kampf um Kiew

Über 60 Todesopfer seit Beginn der Straßenschlachten / EU und Russland vermitteln



Die Stadtgründer Kiews griffen nicht ein.

Foto: AFP/Louisa Gouliama

Die ukrainische Hauptstadt blieb am Donnerstag blutig umkämpft. Ein Waffenstillstand brach rasch. Der Konflikt um den künftigen ukrainischen Weg forderte erneut zahlreiche Todesopfer. Der Gewalt wollten Vermittler trotzen – aus der EU und auch aus Russland.

Von Roland Etzel und Klaus Joachim Herrmann

Die Vermittler der EU, die vor allem Druck auf die Führung um den ukrainischen Präsidenten machen wollten, gerieten am Donnerstag mitten in die Krise. Sie konnten wegen der explosiven Lage in der Hauptstadt Kiew erst auf Umwegen für den Rücktritt von Viktor Janukowitsch gelangen. Der ließ am Abend noch einen weiteren Vermittler in Marsch setzen – von Russlands Präsidenten Wladimir Putin. Damit hätten sich beide Seiten des Konfliktes einflussreicher Unterstützer versichert.

Deren Mission gewann nach einem weiteren im Wortsinne umkämpften Tag an Brisanz und Dramatik. So hatten in den Morgenstunden radikale Demonstranten Ordnungskräfte mit Gewalt in die Flucht geschlagen und ihre Positionen auf dem Unabhängigkeitsplatz (Maidan) im Zentrum wieder eingenommen.

Beide Seiten klagten an, Scharfschützen hätten entweder Ordnungskräfte oder Regierungsgegner unter Feuer genommen. Seit Beginn der massiven Zusammenstöße am Dienstag wurden nach offiziellen Angaben mindestens 64 Menschen getötet. Das Gesundheitsministerium teil-

te mit, mehr als 550 Menschen seien verletzt worden. Vertreter der radikalen Regierungsgegner gaben hingegen an, dass am Donnerstag mehr als 60 Demonstranten getötet worden seien.

»Auf den Straßen werden nicht nur Einsatzkräfte, sondern auch friedliche Bürger getötet, in Kiew und westlichen Regionen haben gewaltsame Ausschreitungen begonnen«, erklärte Innenminister Vitali Sachartschenko. Er sprach zu diesem Zeitpunkt von drei toten Milizionären und 50 Verletzten. 67 Polizisten seien von radikalen Kräften gefangen genommen worden. Die Sicherheitskräfte erhielten nach seinen Angaben Schusswaffen für den »Anti-Terror-Einsatz«. Die Waffen dürften in Übereinstimmung mit dem Gesetz mit scharfer Munition

»Alle Versuche der Behörden zu einem Dialog ... wurden von den Militanten ignoriert.«

Präsident Viktor Janukowitsch

eingesetzt werden, sagte er. Die Regierungsgegner wurden von ihm aufgefordert, ihre Waffen niederzulegen und zu friedlichem Protest zurückzukehren. Die Oppositionsführer müssten sich von »radikalen Handlungen« distanzieren.

Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens ließen nach ihrem vierstündigen Ge-

spräch mit Präsident Janukowitsch vorsichtig durchblicken: »Ansätze für Fortschritte sind vorstellbar.« Außenminister Frank-Walter Steinmeier kündigte an, man wolle noch einmal mit der Opposition reden. Mehr Einzelheiten gab es nicht. Steinmeier wird von den Außenministern des sogenannten Weimarer Dreiecks, Laurent Fabius aus Frankreich und Radoslaw Sikorski aus Polen, begleitet.

Aus Moskau machte sich derweil als Vermittler der scheidende Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin auf den Weg nach Kiew. Er solle an Gesprächen zwischen Führung und Opposition teilnehmen, informierte der Sprecher von Präsident Putin. »Außenminister Sergej Lawrow bestätigte die Position Russlands, das sich für eine »ausschließlich verfassungsmäßige Regelung der Krise in der Ukraine einsetzt unter Respektierung der Vollmachten und der Kompetenzen der ukrainischen Regierung«, so eine Mitteilung des Außenamtes.

Die Außenminister der Europäischen Union einigten sich noch am Abend auf die Verhängung von Sanktionen gegen die Verantwortlichen für die Gewalt in der Ukraine. Bei ihrer Sondersitzung in Brüssel beschlossen die Diplomaten am Donnerstag Einreiseverbote sowie das Einfrieren von Konten, wie die italienische Außenministerin Emma Bonino sagte. Die Entscheidung sei in enger Abstimmung mit den in Kiew verhandelnden Außenministern getroffen worden. Eine Liste mit Namen wurde jedoch noch nicht aufgestellt, sagten EU-Diplomaten.

In einer Bundestagsdebatte über die Eskalation der Gewalt in der Ukraine kam es in Berlin zu heftigem Streit zwischen den Oppositionsparteien. Als Redner der LINKEN der ukrainischen Opposition faschistische und antisemitische Tendenzen vorwarfen, wurde der Konflikt parallel zur Plenardebatte auch auf dem

»... dass die Welt nicht zuschauen darf, wie ein Diktator sein Volk abschachtet.«

Oppositionspolitiker Vitali Klitschko in »Bild«

Kurznachrichtendienst Twitter ausgetragen. Die LINKE-Abgeordnete Sevim Dagdelen twitterte: »Unerträglich diese verweilten Grünen, die die Faschisten in der Ukraine verharmlosen, die antisemitische Übergriffe begehen.« Die Grünen-Abgeordnete Britta Hasselmann verlas diesen Tweet und nannte ihn ihrerseits unerträglich.

Nach einem Krisengespräch in der ukrainischen Olympiamannschaft reist NOK-Chef Sergej Bubka zufolge keiner der Sportler vorzeitig aus Sotschi ab. Zuvor hatten Skirennläuferin Bogdana Mazozka und ihr Vater, Trainer Oleg Mazozki, erklärt, die russische Stadt aus Protest gegen das Vorgehen der Regierung in Kiew gegen die Opposition verlassen zu wollen. Mit Agenturen

Seiten 3, 4 und 18

Rüstungsskandal bei der Bundeswehr

Von der Leyen entließ Staatssekretär

Berlin. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat ihren für Rüstung zuständigen Staatssekretär Stéphane Beemelmans entlassen. Die Ministerin wirft ihm und einem Abteilungsleiter vor, Probleme und Risiken von Rüstungsprojekten systematisch heruntergespielt zu haben. »Im Rahmen meiner Einarbeitung mache ich persönlich die Erfahrung, dass Darstellung und Ist-Zustand vieler Projekte nicht übereinstimmen«, schrieb die Ressortchefin am Donnerstag in einem Brief an die Mitarbeiter ihres Hauses. »Das ist kein haltbarer Zustand.« Bei einer Besprechung des neu installierten Rüstungsboards hatte zuvor keines der 15 größten Bundeswehr-Rüstungsprojekte eine Unbedenklichkeitsbescheinigung erhalten. Zu hohe Kosten, Terminverzug und Minderleistungen seien die Regel.

Die Probleme bei der Rüstung wirkten sich nicht auf die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr aus, betonte von der Leyen. Am Donnerstag hatte die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zum letzten Mal das Mandat für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan im Rahmen der ISAF-Mission verlängert. Einzige die Linksfraktion stimmte dagegen. 250 deutsche Soldaten – 70 mehr als bisher – sollen demnächst in Mali stationiert sein. Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande hatten sich in Paris darauf geeinigt, die Deutsch-französische Brigade einzusetzen. hei Seite 2

Bundestag fordert Lehren aus den NSU-Verbrechen

Regierung verspricht zu handeln

Berlin. Der Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, die Empfehlung des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der rechtsterroristischen Mordserie des Nationalsozialen Untergrundes (NSU) schnell umzusetzen. Das Parlament verabschiedete am Donnerstag einstimmig einen von allen Fraktionen getragenen Antrag, der Empfehlungen zu Reformen in Polizei, Justiz und Verfassungsschutz bekräftigt. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) kündigte vor dem Bundestag an, für Änderungen in seinem Bereich bis Ostern einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Maas will nach eigenen Worten die Befugnisse des Generalbundesanwaltes stärken. Zudem soll im Strafgesetzbuch festgelegt werden, dass menschenverachtende Motive künftig stärker bei der Beurteilung einer Tat berücksichtigt werden, erklärte Maas.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte, im Bereich der Geheimdienste seien bereits erste Maßnahmen erfolgt. Er kündigte an, in der nächsten Woche dem Bundeskabinett einen Bericht über die Konsequenzen aus der Mordserie vorzustellen.

Ein Untersuchungsausschuss des Bundestages hatte versucht, die Verbrechen des NSU aufzuarbeiten und legte Anfang September einen Abschlussbericht vor. epd/nd Seite 6

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Analphabetismus Als Erwachsener lesen und schreiben lernen – zwei Beispiele

Sterbehilfe Eine kontrovers geführte Debatte

Medienpräsenz Wie die LINKE ausgegrenzt wird

ISSN 0323-4940

